



Presseinformation

Nr. 068/2008

Kiel, Donnerstag, 28. Februar 2008

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Hochschulpolitik/Zielvereinbarungen

Ekkehard Klug: „Hochschulen droht ein Desaster von bisher nicht gekannten Ausmaßen“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 33** (Zielvereinbarungen mit den Hochschulen) erklärte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Für den Zeitraum von 2009 bis 2014 will die Landesregierung neue Zielvereinbarungen mit den Hochschulen abschließen. In diesen fünf Jahren kommen auf die Hochschulen enorme Herausforderungen zu. Aller Voraussicht nach wird die Nachfrage nach Studienplätzen massiv steigen, und hinzu kommt noch ein ganzes Bündel an Problemen, das sich aus der Einführung der Bachelor-Master-Struktur ergibt.

Falls die Hochschulen weder die Mittel noch die Gestaltungsspielräume erhalten, die sie für die Bewältigung dieser Probleme benötigen, dann droht ein bildungspolitisches Desaster von bisher noch nicht gekannten Ausmaßen.

Eine neue Untersuchung des Hochschul-Information-Systems (HIS) hat soeben alarmierende Zahlen zutage gefördert: Die Abbrecherquote in den neu eingerichteten Bachelor-Studiengängen liegt bei 30% - und damit um fast die Hälfte höher als in den alten Studiengängen (21%).

Auch in Schleswig-Holstein wurde und wird die Aufnahmekapazität in vielen Bachelor-Studiengängen auf Biegen und Brechen nach oben getrieben. Auf diese Weise will man auf dem Papier das „Plansoll“ erfüllen, mehr Studierende aufzunehmen. Wenn zwischen Hochschulen und Wissenschaftsministerium auf der sogenannten „Arbeitsebene“ über Aufnahmezahlen für die neuen Studiengänge verhandelt wird, dann spielt sich das - wie man hört - unter anderem so ab: Die Hochschule verweist auf den beschränkten Umfang der personell verfügbaren Lehrkapazität, und das Ministerium entgegnet: Verzichtet doch auf die personalaufwändigen kleinen Lehrveranstaltungen! Dieser Weg in den Ausbau des akademischen Großküchenbetriebs ist eine der Ursachen für die Probleme. Eine weitere Ursache liegt in der steigenden Arbeitsbelastung, die sich aus vielen der neuen

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,
E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Studienordnungen ergibt. Die Neudeutsch als „workload“ deklarierte Arbeitsverdichtung, die vielfach festzustellen ist, führt ebenfalls zu einer faktisch verschlechterten „Studierbarkeit“ der neuen Studiengänge.

Dabei ist dies alles erst der Anfang der bevorstehenden Schwierigkeiten. An vielen Hochschulen in Schleswig-Holstein, vor allem an den Universitäten, kommt die nächste Belastungsprobe erst in einigen Jahren, wenn in großem Umfang der Übergang vom Bachelor zum Masterstudium ansteht. Auch ohne formal festgelegte Quoten haben die Hochschulen faktisch gar nicht die Mittel, um die eigentlich erforderlichen Aufnahmekapazitäten für die „höheren“ akademischen Studiengänge zu gewährleisten. Der Direktor der Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie in Berlin, Dieter Dohmen, stellt daher fest: „Bleibt es bei Übergangsquoten von unter 50 Prozent, dann fehlen uns in zehn Jahren bis zu 100.000 hochqualifizierte Akademiker“.

Eine Modellrechnung des Hochschul-Information-Systems kommt darüber hinaus zu dem folgenden Ergebnis: Verkleinert eine Hochschule die Lerngruppen im Bachelor-Studium um knapp zehn Prozent - verbessert sie also leicht die Betreuung - und senkt sie zudem die Abbrecherquote um 20 Prozent, dann bleibt ihr an Kapazitäten für das Master-Studium rein rechnerisch: nichts. Die Crux liegt in der Prämisse, auf der die Einführung der neuen Studienstruktur allenthalben aufbaut: Weder sollen die Studienanfängerzahlen sinken, noch die Kosten steigen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie entscheidend die finanziellen Rahmenbedingungen und die Gestaltungsspielräume sein werden, die das Land den schleswig-holsteinischen Hochschulen in den kommenden fünf Jahren einräumen wird.

Ich schlage vor, dass der Bildungsausschuss noch vor der Sommerpause eine Anhörung durchführt, in der wir den Hochschulen die Gelegenheit geben, ihre Sicht und ihren Sachverstand zu den wesentlichen Aspekten der Hochschulentwicklung und der künftigen Zielvereinbarungen einzubringen.

Es wird nicht damit getan sein, wohlfeile Beschlüsse über Fünf-Jahres-Pläne zu fassen. Das Vertrauen der Grünen in solche Instrumente ist ja wirklich verblüffend. Ein frommer Wunsch wird unter den gegebenen Rahmenbedingungen das bleiben, was man unter Ziffer 2a des Antrags der Grünen lesen kann: *„Die Hochschulen sollen sich verpflichten, die Studierbarkeit der angebotenen Studiengänge in der vereinbarten Studienzeit sicherzustellen“* - natürlich unter Einschluss allfälliger Wiederholungsmöglichkeiten ohne Zeitverlust !

Solche schönen Wünsche werden an der Wirklichkeit zerplatzen wie eine Seifenblase. In vielen Fächern sind die verfügbaren Lehrkapazitäten derart bis „Oberkante Unterlippe“ ausgereizt, dass jeder Ausfall zu einem Jahr Studienzeitverlängerung führt. Viele Veranstaltungen werden nur im Jahresrhythmus angeboten. Verfehlt ein Teilnehmer den Leistungsnachweis, wird er längere Zeit krank oder fällt die Lehrveranstaltung wegen Erkrankung des Dozenten aus, dann kann man den auf dem Papier so schön aussehenden sechssemestrigen Weg bis zu einem - angeblich - berufsqualifizierenden Abschluss im Papierkorb suchen. In der Hochschulwirklichkeit wird es ihn nicht geben.“